

## Zwanghaft

Es gehört zu den zwanghaften Lieblingsbeschäftigungen von Politikern, sich immer wieder neue Ideen auszudenken, wie sie an unser Geld kommen. Die reguläre Steuer, die wir vom Einkommen (auch Rente) zu entrichten haben, reicht wohl nicht aus. Wir müssen für alles Gebühren zahlen. Vermutlich bekommen wir eines Tages ein Gerät auf den Rücken geschnallt, das den Kubikmeterverbrauch Luft misst, die wir einatmen. Der jährliche Verbrauch wird in Rechnung gestellt. Das schädliche Ausatmen wird extra berechnet.

Seitdem sich die Grünen in Berlin die Verkehrspolitik unter den Nagel gerissen haben, herrscht mehr Verwirrung als Durchsicht. Immer wieder fällt den Grünen etwas Neues ein, meist verbunden mit einer Rechnung an den Bürger. Ohne Frage gibt es immer noch Fahrzeuge, deren Ausstoß ungesund ist. Das zu ändern findet statt, wenn auch die Erfolge bislang marginal sind. Der Kampf gegen die Autofahrer wird inzwischen vornehmlich ideologisch und hasserfüllt geführt. Dann sollen sich doch endlich die Grünen Senatsmitglieder aufs Lastenfahrrad schwingen. Auf die CDU können sich die Autofahrer auch nicht mehr verlassen, nachdem sie das Fahrrad als Fortbewegungsmittel entdeckt hat. In Hamburg haben die Grünen jetzt eine eigene zusätzliche Senatsbehörde für Verkehr durchgesetzt, die natürlich ein Grüner leitet. Die Mönckebergstraße und der Jungfernstieg werden von den Autos befreit. Wobei das Konzept nicht autofrei, sondern autoarm heißt. In unserer Friedrichstraße können wir demnächst bewundern, wie arm sich das für die Geschäfte entwickeln wird.

Wenn Politiker etwas können, dann griffige Überschriften kreieren. So heißt das neueste Werk „**Machbarkeitsstudie zu ergänzenden Finanzierungsinstrumenten für den ÖPNV**“. Fakt ist, dass sich R2G im Koalitionsvertrag und im Mobilitätsgesetz dazu verpflichtet hat, den öffentlichen Nahverkehr in Berlin zu stärken und auszubauen, wogegen nichts zu sagen ist. Damit das aber auch langfristig gelingt, hat die Koalition beschlossen, verschiedene alternative Formen der Finanzierung des ÖPNV zu prüfen. Alternative Formen ist eine Umschreibung dafür, wie man den Bürger zur Kasse bitten kann, zusätzlich zu allen Steuern und Gebühren, die ohnehin anfallen. Die Grüne Senatsverkehrsverwaltung hat eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, deren Machbarkeit schon wenige Stunden nach Veröffentlichung vom Regierenden Bürgermeister und Nach-SPD-Vorsitzenden **Michael Müller** via Berliner Abendschau in die Tonne getreten wurde. Eigentlich

sollte über die Studie in den nächsten Wochen erst intern diskutiert werden. So etwas geht in Berlin immer schief. Die Ergebnisse wurden sofort rausgeblasen und die Berliner Abendschau lud Grünen Fraktionschefin **Antje Kapek** und den CDU-Vorsitzenden **Kai Wegner** in die Sendung zum unfreundlichen Schlagabtausch ein. Während es bei einer Diskussion in der CDU-Zentrale kürzlich noch per Du „liebe Antje“ und „lieber Kai“, hieß, ging es weniger harmonisch zu. **Kapek verhielt sich Wegner gegenüber rotzfrech und forderte, mehr Geld für Bildung auszugeben, damit Herr Wegner rechnen lernen könne.**

Kernpunkt der Studie ist ein „allgemeiner ÖPNV-Beitrag für alle Einwohner dieser Stadt. Kosten 570 Euro p.a. Dafür können alle dann „umsonst“ fahren. Sind Drogen schon freigegeben, oder wie kommt man darauf, dass etwas „umsonst“ ist, wofür ich vorher bezahlt habe? Die Touristen sollen sich natürlich mit einer ÖPNV-Steuer auch beteiligen, was allerdings nicht heißt, dass sie kostenlos Taxi fahren dürfen. Wer in einem InterCity-Hotel der Deutschen Bahn absteigt, erhält ein Ticket für die Zeit seines Aufenthaltes geschenkt, das ist jedenfalls in Hamburg so.

Was noch? „*Nutznießerfinanzierung*“. Was für ein Wort. Es bedeutet nicht mehr, als dass sich Grundstückseigentümer, Gewerbebetriebe und Übernachtungsbetriebe beteiligen sollen. Und noch ein schönes Wort: „*Push-Instrumente*“, eine City-Maut als Gebühr zur Nutzung der Straßen in der Innenstadt, neben den üblichen Parkgebühren, versteht sich.

Das Problem bei dem „*allgemeinen ÖPNV-Beitrag*“: Er ist verpflichtend für jeden Bürger, also eine Zwangsabgabe wie bei Rundfunk und Fernsehen, egal, ob man ein Gerät besitzt oder nicht.

„*Rot-Rot-Grün wird die Ergebnisse der Studie nun auswerten und mit der Stadtgesellschaft dazu in den Austausch gehen.*“ Das ist bereits in vollem Gange. Die verkehrspolitischen Sprecher der SPD, Linken und Grünen haben schon mal vorgelegt. Aus den Ausführungen des SPD-Vertreters **Tino Schopf** ist weder Begeisterung für die Finanzierungsmodelle noch Widerstand erkennbar. Er verliert sich in allgemeine Phrasen: „*Für uns als SPD-Fraktion ist klar: Neue Einnahmen müssen zweckgebunden in den Erhalt und Ausbau einer modernen und leistungsfähigen Infrastruktur fließen. Denn eine gute Infrastruktur entscheidet über die Zukunftsfähigkeit einer Stadt...Wir wollen den freiwilligen Umstieg auf den ÖPNV fördern. Wir sollten ebenso nicht vergessen: Berlin ist keine Insel, kein gallisches Dorf. Vor diesem Hintergrund müssen wir eine abgestimmte Verkehrspolitik mit unseren Brandenburgern Nachbarn denken.*“ In der Wertung ist das wohl ein Unentschieden.

Auch bei **Kristian Ronneburg** von der Linken ist kein Zuspruch für die Zwangsabgabe zu entdecken: „Mit einer neuen Finanzierungssäule können Mittel für den Ausbau des ÖPNV bereitgestellt und weitere Schritte in Richtung einer Öffi-Flat gegangen werden... Unser Ziel ist es, den ÖPNV ... attraktiver für die derzeitigen Nutzerinnen und Nutzer zu machen und gleichzeitig diejenigen stärker anzusprechen, die bisher vor allem mit dem eigenen PKW unterwegs sind.“

Warum die drei Verkehrspolitiker überhaupt eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben haben, wenn sich niemand konkret zu der Zwangsabgabe äußert, ist nicht nachzuvollziehen. Die Ausführungen von **Harald Moritz** von den Grünen versteht kein Mensch: „Die bisherige Finanzierung stößt ... an ihre Grenzen. Unser Ziel ist, die ÖPNV-Nutzer\*innen nicht noch stärker finanziell zu belasten und gleichzeitig den Autoverkehr in der Stadt zu reduzieren. Ich bin froh, dass die Studie hier gangbare Möglichkeiten aufzeigt.“ Das wird sich zeigen. Richtig ist, dass Monatskarteninhaber für die Umweltkarte AB derzeit 882 Euro bezahlen, also Geld sparen würden. Dafür würden aber alle anderen, die nur gelegentlich oder gar nicht den ÖPNV nutzen, auch ein Ticket bekommen und bezahlen müssen.

## Keine soziale Maßnahme

Nach dem Schlagabtausch zwischen Kapek und Wegner am Donnerstag hat sich gestern Abend **Michael Müller** in der Abendschau zu Wort gemeldet. „Das geht so nicht!“ Und „Das wird so mit uns nicht umzusetzen sein!“ „Ich glaube, dass das keine soziale Maßnahme wäre und auch diejenigen zu viel belastet, die den ÖPNV möglicherweise gar nicht nutzen wie eben Radfahrer und Fußgänger.“ Müller favorisiert nach wie vor sein 365-Euro-Modell, das auf freiwilliger Basis angeboten werden soll. Neben dem Ticketverkauf finanziert sich der ÖPNV aus Steuern.

**Antje Kapek** befindet sich schon im Wahlkampfmodus. Ihre Gegenspielerin **Ramona Pop** ist angeschlagen, weil es in ihrer Wirtschaftsverwaltung nicht rund läuft. Regierende Bürgermeisterin könnte eine von beiden aber nur in einer Grün-Rot-Roten-Koalition werden. Die CDU ist derzeit zwar stärkste Umfrage-Partei, für eine Schwarz-Grüne Koalition würde es aber nicht reichen.

Civey-Umfrage vom 13.06.2020, in Klammern die Werte vom 05.06.2020: CDU 22,1% (22,7), SPD 16,9% (17,9), Grüne 21,4% (20,9), FDP 4,7% (4,8), Linke 15,9% (15,5), AfD 10% (9,2).

Bleiben wir noch ein wenig bei der Studie, die nun diskutiert werden soll, als hätten wir derzeit keine anderen Probleme.

**Gilbert Schomaker** von der Berliner Morgenpost nennt den Vorschlag eines Bürgertickets in einem Kommentar eine „rot-rot-grüne Zwangsbeglückung.“ „Die Wahrheit“, so Schomaker, „steht gleich auf Seite 11 des vertraulichen Gutachtens: Es gehe im Wesentlichen darum, ‚die Ausweitung des ÖPNV-Angebots durch eine Zwangsabgabe zu finanzieren‘. Es geht um Hunderte Millionen Euro, die die Berliner zahlen müssen. Ob sie wollen oder nicht.“ ... „Es ist genau die Politik, die Rot-Rot-Grün seit Jahren vorantreibt: Zwangsbeglückung von Staats wegen, statt mit Angeboten zu überzeugen. Die Entscheidungsfreiheit jedes Einzelnen wird beschnitten. Das ist der falsche Weg.“, resümiert Schomaker.

Lassen wir an dieser Stelle den CDU-Vorsitzenden **Kai Wegner** zu Wort kommen, der noch lernen muss, wie auf Grüne Dreistigkeit zu reagieren ist. „Berlin braucht einen attraktiven ÖPNV, der nicht am inneren S-Bahn-Ring endet. Rot-Rot-Grün wirft Millionen zum Fenster raus, um ideologische Schaufensterprojekte ohne Wirkung zu finanzieren, stellt dann aber fest, dass das Geld zum Lösen der wirklichen Probleme der Berliner nicht mehr reicht. Weil der Senat seine Finanzen nicht im Griff hat, will er sich nun am Portemonnaie der Berliner vergreifen. Die CDU Berlin lehnt das rot-rot-grüne Zwangsticket ab.“

Der Bund fördert den Ausbau des ÖPNV in noch nie dagewesener Höhe. Bundesmittel stehen zum Beispiel auch für den Ausbau von U-Bahnlinien bereit. Doch was den Grünen nicht in den Kram passt, gibt es auch nicht. Ich fordere den Senat auf, endlich diese lähmenden Scheuklappen fallen zu lassen! Berlin braucht endlich eine wegweisende Weichenstellung für die Verkehrsprobleme.

Das Zwangsticket setzt zudem auch falsche Signale: Fahrradfahrer werden zusätzlich belastet und erhalten mit dem Zwangsticket einen Anreiz, auf das Fahrrad zu verzichten. Mit der ebenfalls von den Grünen geforderten Citymaut haben die Besserverdienenden freie Bahn und sozial Schwache werden ausgesperrt. Das Zwangsticket wird noch mehr wirtschaftlichen Schaden für die Unternehmen anrichten. Dem Senat sind offenkundig ideologische Projekte wichtiger als Arbeitsplätze. Die CDU Berlin setzt auf attraktive Angebote und auf Freiwilligkeit statt auf Zwang und zusätzliche Belastung.“

Und zum Schluss, wie an jedem Wochenende, die aktuellen Umfragewerte, diesmal ermittelt von der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF. In Klammern die Werte vom 29.05.: CDU/CSU 39% (39), SPD 15% (15), Grüne 20% (19), FDP 4% (4), Linke 7% (8), AfD 9% (9). Fazit: Stillstand. Übrigens: in zwölf von 16 Bundesländern liegt die CDU bzw. in Bayern die CSU in den Umfragen auf Platz Eins. **Ed Koch**